



Aussichten auf eine aktive Industriepolitik? – Was meinen die Parteien?

Die Industrie in Deutschland unterliegt derzeit einem verschärften „Stresstest“. Schon vor der Corona-Krise und deren Folgen zeichneten sich Umbrüche ab, die aufgrund der tiefgreifenden Veränderungen – getrieben durch Klimawandel und Digitalisierung – als Transformation bezeichnet werden. Diese Transformation trifft viele industrielle Kernregionen und Branchen. Zusammengefasst geht es um mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. Die IG Metall will die Transformation aktiv mitgestalten und fordert die Politik auf, mit einer aktiven Industriepolitik den notwendigen Rahmen zu setzen.

Aktive Industriepolitik mit gezielter Förderpolitik

Bestandteil einer aktiven Industriepolitik müssen nachhaltige Investitionen in die Zukunft sein, um klima- und ressourcenschonende Produkte und Prozesse zu unterstützen und die sozialen Folgen der Transformation abzufedern. Es war richtig, dass die Bundesregierung ein Konjunktur- und Zukunftspaket in bislang nie dagewesenem Milliardenvolumen bereit gestellt hat. Das Geld muss aber nun sinnvoll investiert werden – nämlich in die Zukunft der Unternehmen und deren Beschäftigte. Wir brauchen eine gut ausgestattete öffentliche Förderpolitik, die sich am Ziel orientiert, industrielle Wertschöpfung, Standorte und gute Beschäftigung im Land zu halten und neue zu schaffen. Förderinstrumente sollten dabei immer auch an Kriterien der Standort- und Beschäftigungssicherung gebunden werden, an sozial verantwortliche und nachhaltige Unternehmensführung, an die Leitidee der „guten Arbeit“ und an ökologische Nachhaltigkeit. Wenn Unternehmen aus Steuermitteln unterstützt werden,

müssen sie zur Sicherung von Beschäftigung, Ausbildung und Standorten verpflichtet werden.

Eine industriepolitische Transformationsstrategie muss in enger Kooperation mit den Sozialpartnern entwickelt und umgesetzt werden. Der Staat als Auftraggeber muss Vorbild und Vorreiter der sozialen und ökologischen Transformation sein.

Wertschöpfungsketten stabilisieren und neue Wertschöpfung generieren

In vielen Unternehmen und Branchen gibt es bereits zu wichtigen Zukunftstechnologien Konzepte und Strategien, wie in Deutschland und Europa neue Wertschöpfung geschaffen werden kann. Diese Konzepte gilt es in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern weiter zu entwickeln und umzusetzen. Gerade in der Pandemie hat sich gezeigt, wie anfällig Lieferketten werden können. Hier ist die Politik gefragt: Sie muss industrielle Wertschöpfung in Deutschland und Europa halten und sichern. Dafür bedarf es verlässlicher politischer Rahmenbedingungen. Strategisch wichtige Branchen müssen geschützt werden und der schleichende Abfluss von Know-how infolge von Übernahmen oder die Verlagerung von Produktions- und Entwicklungskapazitäten muss verhindert werden. Anspruch der IG Metall ist: Deutschland muss Industrieland bleiben!



































Durch eine starke industrielle Basis sichern wir auch in Zukunft nachhaltiges Wachstum und Wohlstand. Für die IG Metall heißt das auch: keine Entlassungen in der Transformation. Klimaschutz geht nur mit starker Industrie und guter Arbeit.

Aktive Industriepolitik: Das meinen die Parteien* zu wesentlichen Forderungen der IG Metall



metallforderung	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke	FDP
Deutschland muss auch in Zukunft ein starkes Industrieland sein	Europa soll in den wichtigen industriellen Zukunftsfedern, wie Künstlicher Intelligenz, Quantentechnologie, Halbleiter, Wasserstoff oder Blockchain weltweit einen Spitzenplatz einnehmen. Dazu braucht es eine ambitionierte europäische Technologie- und Industriestrategie. Schlüsseltechnologien sollen gefördert werden. 	Industriestrategie für Planungssicherheit für den sozialökologischen Umbau der Wirtschaft. Diese Industriestrategie soll in Verbindung mit dem European Green Deal in eine gesamteuropäische Lösung eingebettet sein. 	Durch eine aktive Wirtschafts- und Industriepolitik sollen zukunftsfähigen Unternehmen gute Bedingungen geboten werden. Industriepolitik muss gesamt-europäisch gedacht werden. 	Die Industriestruktur soll regionaler, krisenfester und unabhängiger vom Export werden. Politik soll zusammen mit den Belegschaften, den Gewerkschaften, Wissenschaft, Umwelt- und Sozialverbänden einen verbindlichen Zukunftsplan für die Industrie entwickeln, der für eine klimaneutrale Industrieproduktion bis 2035 sorgt und mit Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien für die Beschäftigten verbunden ist. 	Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien, die den Wettbewerb national und international stärken. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren und die Stärke des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs nutzen. 
Gut ausgestattete öffentliche Förderpolitik, orientiert an Standort- und Beschäftigungssicherung	Strategische Förderprojekte der EU sollen die vorhandenen Stärken an europäischen Standorten, etwa der Mikroelektronik oder der Luft- und Raumfahrt, im Sinne der globalen Wettbewerbsfähigkeit weiter ausbauen. 	Politik muss sich als Innovationstreiber verstehen. Sie muss die für die Wettbewerbsfähigkeit und die nachhaltige Beschäftigung wesentlichen Ziele formulieren. Der Staat soll auch als strategischen Investor fungieren können. 	Die neuen Green-Jobs sollen nach Möglichkeit einem Tarifvertrag oder mindestens gleichwertigen Bedingungen unterliegen. Darauf soll auch bei der Förderung von neuen Wirtschaftsfeldern geachtet werden. 	Über die öffentliche Förderung sollen regionale Wirtschafts- und Transformationsräte entscheiden, in denen neben der Politik und den Unternehmen auch Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände sitzen. 	Keine Aussage 
Öffentliches Beschaffungswesen als Impulsgeber und Vorreiter für gute Arbeit	Keine Aussage 	Öffentliche Beschaffung soll Innovationsimpulse setzen. Vergabekriterien sollen stärker auf Innovation, Tarifbindung, Geschlechtergerechtigkeit und klimafreundliche Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. 	Bei der öffentlichen Vergabe sollen die Unternehmen zum Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. 	Strenge sozialökologische Vorgaben beim Arbeits- und Umweltschutz in den Herstellerländern, Langlebigkeit und Reparierbarkeit. Tariftreueklausel bei öffentlichen Aufträgen. 	Keine Aussage 

* Das Wahlprogramm der AfD weist in vielen der benannten Themenfeldern erhebliche Lücken auf, die eine inhaltliche Auseinandersetzung unmöglich machen. Darüber hinaus werden die rechtsradikalen Positionen der Partei durch das Wahlprogramm nur unzureichend widerspiegelt. Das ist Teil ihres taktischen Vorgehens. Aus diesen Gründen, haben wir in dieser Tabelle auf eine Auseinandersetzung mit Positionen der AfD verzichtet.

metallforderung	Union	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke	FDP
Vollständige Wertschöpfungsketten in Deutschland und Europa	Wertschöpfungsketten innerhalb von Europa unabhängiger von anderen Teilen der Welt machen 	Unterstützung der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungsketten 	Gezielte Förderung, um technologische Souveränität zu fördern 	Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe 	Größere europäische Souveränität 
Schutz strategisch wichtiger Branchen vor Abfluss von Know-how	Schutz von Patenten und Lizenzen gegenüber feindlichen Übernahmen. 	Schutz von strategisch wichtigen Zukunftstechnologien und Schlüsselindustrien 	Verstärkte Prüfung, damit hochsubventionierte ausländische Firmen nicht europäische Firmen übernehmen. 	Keine Aussage 	Keine Aussage 
Globaler Wettbewerb als Bezugsrahmen für Wettbewerbs- und Beihilfepolitik. Europäische Champions bilden	Anpassung des europäischen Wettbewerbs- und Beihilferecht 	Neuordnung des Wettbewerbs- und Beihilferechts 	Reform des EU-Beihilferechts 	Keine Aussage 	Keine Förderung von nationalen Champions 
CO2-Grenzausgleichsmechanismus	Einführung eines WTO-konformen CO2-Grenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism) 	Besteuerung digitaler Großkonzerne, eine CO2-Grenzabgabe sowie neue Einnahmen aus dem Emissionshandel 	Grenzausgleich von CO2-Kosten 	Europäischer CO2-Grenzausgleichsmechanismus 	WTO-konforme Weiterentwicklung des „Carbon Leakage“-Schutzes 
Lieferkettengesetze weiterentwickeln	Übertragung des deutschen Lieferkettensorgfaltsgesetzes auf EU-Binnenmarkt 	Weiterentwicklung des nationalen Lieferkettengesetzes 	Nachbesserung des nationalen Lieferkettengesetzes 	Nachbesserung des nationalen Lieferkettengesetzes 	Kontrolle der Einhaltung des Lieferkettengesetzes ja, zivilrechtliche Haftungsansprüche nein. 
Transformationsfonds für die Stahlindustrie in Höhe von 10 Mrd. Euro bis 2030	Keine Aussage 	Direkte Investitionsförderung bei Umstieg auf klimaschonende Produktionsprozesse 	Förderung durch Investitionszuschüsse und degressiven Abschreibungen 	Investitionsprogramm für Umbau hin zu einer klimaneutralen Stahl- und Grundstoffindustrie 	Keine Aussage 
Klimaschutzverträge zur staatlichen Unterstützung von Investitionen in der Industrie	Carbon Contracts for Difference um Unternehmen beim Klimaschutz zu unterstützen. 	Direkte Investitionsförderung 	Öffentliche Investitionszuschüsse sollen bei neuen Technologien Starthilfe geben 	Keine Aussage 	Keine Aussage 